

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1918

27 (17.1.1918) Mittagblatt

Propaganda zu machen, oder sind sie wirklich nicht genug zu glauben, daß sie, obwohl sie geschlagen und ohne Macht sind, ihre Gegner nur durch Neben jenseit bekommen können, als ob diese geschlagen wären.

Maasbode schreibt: Staatssekretär von Kühlmann hat das ganze Rüstwerk seines diplomatischen Talents meißelhaft spielen lassen, um den Russen den Standpunkt der Deutschen hinsichtlich des besetzten Gebietes und ihre Stimmung darzulegen. Es hat dann und wann den Anschein, als ob er die Gegenpartei in die Enge treibe und zu Zugeständnissen zwingen würde, aber das von ihm gesponnene diplomatische Netz wurde durch den unwandelbaren Dogmatismus der russischen Delegation und vor allem Trozki zerissen.

Berlin, 17. Januar. Am Berliner Lokalanzeiger heißt es: Ein geistiger Ringkampf ist es, der sich in West-Litowki abspielt. Herr Trozki ist ein geschickter Debattier. Er nimmt auch sein Blatt vor den Mund und weiß unangenehme Feststellungen mit Eleganz auszuweichen. Es ist ein Schauspiel, an dem man in Friedenszeiten mehr oder weniger Gefallen finden kann, in Kriegszeiten wird man solchen Redebühnen nur mit wachsender Ungebuld folgen. Als doch gerade Herr Trozki für seine verschleppende Kunst genügend Zeit gelassen worden.

Ein Schritt zur Klärung und Verständigung.

Berlin, 17. Jan. In einem Artikel „Die Erklärung in West-Litowki“ sagt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung: Die Antwort des Vierbundes, die die Unterlagen für die letzten Verhandlungen in West-Litowki bilden, bedeutet sicherlich einen ausgiebigen Schritt zur Klärung und damit zur Verständigung. Wenigstens ist die letztere Folgerung berechtigt, wenn und solange beide Teile ihre Aufgabe darin erblicken. Herr Trozki hat auch in seiner Antwort anerkannt, daß die Antwort der Mittelmächte jedenfalls die formellen Schwierigkeiten beseitigt. Darauf beschränkt sich aber ihre Wirkung keinesfalls. Vielmehr erstreben sie vor allem eine Klärung dahin, daß die Mittelmächte den Weg zur Verständigung in einem Kompromiß sehen, das mit den Tatsachen, wie sie der Krieg geschaffen hat, rechnet. In den vier Punkten, worin diese Tatsachen zusammengefaßt wurden, sehen die Mittelmächte eine Unterlage, die ein Kompromiß noch möglich erscheinen läßt. Offenbar wird damit der Gegenstand, der noch zwischen den beiden Parteien besteht, verringert, und vor allem der Weg geebnet, auf dem er überwunden werden kann. Der Gegenstand wird vertieft dadurch, daß die russischen Forderungen sich auf dem Boden der Theorie bewegen, während die deutschen Vorlagen Tatsachen zur Unterlage haben, und gerade darin eröffnet sich auch die Möglichkeit seiner Überwindung. Wenden auch die russischen Vertreter ihre Verständigungsabsichten von der Theorie wieder zur Praxis und stellen sie sich damit auf den Boden der Tatsachen, so ist die Brücke gefunden, auf der beide Teile zusammenkommen werden. Diese Erklärung ist ein wesentlicher Fortschritt, wenn auch die andere Seite die Verständigung wirklich sucht.

Rußland.

Neuverschüsse auf Lenin.

Petersburg, 16. Jan. (B.Z.) Pet. Tel.-Ag. Als Lenin gestern eine Abteilung der sozialistischen Roten Garde, die zur Front abging, begleitet hatte und im Automobil zurückkehrte, wurden auf dieses vier Neuverschüsse ohne Erfolg abgefeuert.

Die englische Radiostation in Archangelsk.

Berlin, 17. Januar. Das Berl. Tageblatt meldet von der schwedischen Grenze: Der russische Mitarbeiter des Berliner Bund erzählt aus Helsingfors, daß die Engländer dort noch immer über die Radiostation in Archangelsk verfügen, von wo aus das Reutersche Büro und die Agence Havas ihre Berichte über die Lage in Rußland nach Westeuropa gelangen lassen.

Heber die Lage der Bolschewiki

Heftig ist in einem Artikel der Russk. Wostok: Die Schwierigkeiten, die von unseren Unterhänden nach zu überwinden sind, sollen nicht unterschätzt werden. Man muß den Widerstand, den die russische

schen Vertreter den Delegationen der Mittelmächte entgegenbringen, aus den inneren Verhältnissen Rußlands heraus beurteilen. Die Lage der Bolschewiki ist sehr heikel. Sie repräsentieren keineswegs die Mehrheit des russischen Volkes. Wie die Wahlen zu der verfassunggebenden Versammlung erwiesen haben, steht die Mehrheit des russischen Volkes, von ein paar Städten abgesehen, nicht auf Seiten der Maximalkisten, und diese vermögen nur durch eine Gewalt Herrschaft zu erlangen. Diese ihre inneren Schwierigkeiten suchen nun die Bolschewiki durch die Opposition in West-Litowki zu überwinden. Die sozialistischen Elemente suchen sie durch die revolutionäre Propaganda im deutschen Heere und Volke, die bürgerlichen aber durch eine Anspannung der nationalen Forderungen zu gewinnen. Was die Russen in letzterer Hinsicht planen, ist aus einer Einladung zu ersehen, die der Rat der russischen Volkskommissare an die verschiedenen Wälder ein, Vertreter zu einer Konferenz zu entsenden, die sich mit der Konstitutionierung einer russischen Bundesrepublik beschäftigen soll. Vorgelegt ist ein Staatsentwurf nach dem Muster der Vereinigten Staaten Nordamerikas. Zugelassen haben bisher ihre Teilnahme die Vertreter der Ukraine, Estlands, Litwands, der Wolgarepublik, der Kaukasusrepublik und Sibiriens durch die Vereinigten Staaten Nordamerikas. Zugelassen haben bisher ihre Teilnahme die Vertreter der Ukraine, Estlands, Litwands, der Wolgarepublik, der Kaukasusrepublik und Sibiriens durch die Vereinigten Staaten Nordamerikas. Zugelassen haben bisher ihre Teilnahme die Vertreter der Ukraine, Estlands, Litwands, der Wolgarepublik, der Kaukasusrepublik und Sibiriens durch die Vereinigten Staaten Nordamerikas.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 16. Jan. (B.Z.) Im Ausschuss des Reichstages für Handel und Gewerbe erklärte am Dienstag zur Frage der Stilllegung von Betrieben und der dabei zu beachtenden Grundfälle auf verschiedene Anregungen ein Vertreter des Reichstages: Nach meinen Erfahrungen hat die Stilllegung wegen der Verjährbarkeit der öffentlichen Verhältnisse nicht von einer Zentralstelle aus zu erfolgen. Geh. Rat Mathis erklärte: Die Aufstellung allgemeiner und dauernd gültiger Grundfälle wird sich nicht auf ermöglichen lassen. Im Zusammenwirken mit dem Kriegsrat wird das Wirtschaftsamt künftig Stilllegungen möglichst zu vermeiden suchen.

Schlechte Gefangenenbehandlung in Frankreich.

Berlin, 15. Jan. (B.Z.) Der Hauptausschuss des Reichstages nahm am Dienstag zunächst einen Bericht des Abgeordneten Liesching über die Verhandlungen im Internationalschuss betreffend die Liquidation der in Deutschland befindlichen Gefangenen. Ein Antrag, auf diese Angelegenheit vorerst nicht weiter einzugehen, wurde nach kurzer Geschäftsordnungsrörterung entfallen. Darauf berichtete der Abgeordnete Liesching über die weiteren Verhandlungen des Internationalschusses betreffend die Liquidation von gefangen in französischem Besitz befindlichen Textilfabriken in Elsch. General Friedrich erklärte, daß Frankreich in der Behandlung der Gefangenen weit hinter alle anderen Länder zurückbleibe. In der Vollziehung des Reichstages müsse es angeprochen werden, daß die deutsche Regierung nicht Willkür bei ihrer braven Krieger nach Willkür behandeln zu lassen. Wenn die Franzosen ihr Verhalten nicht ändern, werden weitere scharfe Vergeltungsmassregeln angeordnet. Das schwere Unrecht, das die Franzosen an unseren Gefangenen getan haben, und ihre Weigerung, sie herauszugeben, ist der Welt bekannt. 600 Franzosen nach Litauen und 400 Franzosen nach Genua und in die Schweiz. Mindestens 800 Gefangene werden noch widerrechtlich in Frankreich zurückgehalten. Alle Verletzungen und Verhandlungen haben die Franzosen unbedeutend gelassen. Die Internierten werden so lange festgehalten, bis die Franzosen der letzten Entschlüsse herausgegeben haben. Wir sind dabei in gutem Recht, was auch die Neutralen anerkennen werden. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die Franzosen sich doch noch bestimmen, mit uns in Erörterungen über den weiteren Austausch von Gefangenen zu treten und eine bessere Behandlung unserer Landsleute in die Wege zu leiten.

Im Februar werden Schweizer Ärzte in Frankreich und Deutschland landauf und landab, und ich hoffe, daß das Ergebnis ein gegenseitiger Austausch bzw. Internierung von Gefangenen in der Schweiz sein wird. Die Internierung deutscher Familienmitglieder in der Schweiz ist durch das Entschlossenwerden der Schweiz ermöglicht worden. Unser Verbot, 20 000 Vater auszutauschen. Kopf um Kopf, wurde von Frankreich nicht angenommen. Wir schlugen vor, 5000 Franzosen

gegen 4000 deutsche Familienmitglieder auszutauschen. Sie wollten aber weit mehr. Furchtbarerweise Deutscher werden in Frankreich schwer bestraft, in Deutschland und England auf Grund von Vereinbarungen dagegen mit 14 Tagen Gefängnis. In Bezug auf Sabotage sind wir mit England im Einvernehmen. Diese soll weder betrieben noch unterstützt werden. In Frankreich dagegen wird die Sabotage amtlicherseits unterstützt. Das muß, gegen irtümliche Zeitungsmeldungen festgestellt werden. Beschimpfungen, schlechte Behandlung, Verabreichung der Kriegsgefangenen sind in Frankreich häufig. Wir haben Vorstellungen erhoben und Maßregeln dagegen verlangt. Ebenso haben wir die Verwendung gefangener Unteroffiziere aller Grade zur Aufsichtsführung gefordert. Der Liebesabenddienst und Postverkehr, geistlicher Hilfsdienst und Väterberpflegung sind ebenfalls Gegenstand der Verhandlungen. Frankreich darf nicht im Zweifel sein, daß wir, falls es die erniedrigende Behandlung unserer Gefangenen gegenüber nicht ändert, weitere Vergeltungsmassregeln anordnen werden. Wir haben 419 000 gefangene Franzosen und über 7000 Offiziere, mindestens doppelt so viel als die Franzosen Gefangene von uns haben. Wir müssen schließlich gegen die gefangenen Franzosen vorgehen, wollen wir unsere braven Soldaten und Krieger nicht im Stich lassen. Daraufhin wurde von Ausschussmitgliedern erklärt: Wenn es nicht bedeutend besser wird, müssen wir unsere Maßnahmen augenblicklich zur Anwendung bringen. Wenn alle Vorbedingungen nicht nützen, muß die brutale Gegenmaßnahme herbeigeführt werden. General Friedrich: Die Lage der Gefangenen auf Korsika hat sich gebessert, wenn auch die Forderung, die deutschen Soldaten nicht in den Stumpfgräben zu beschließen, noch nicht erfüllt ist. Die erste Vergeltungsmassregel ist bereits 1915 angeordnet worden. Dem Kriegsminister und der Heeresverwaltung kann nicht vorgeworfen werden, sie hätten zu spät eingegriffen. Wir haben von Anfang an eine menschliche Behandlung unserer Gefangenen verlangt.

Baden.

Die Präsidentenwahl in der Zweiten Kammer.

welche durch die Ernennung des Präsidenten Dr. Fejntner zum Mitglied der Ersten Kammer notwendig wird, findet erst nach dem Dienstantritt Dr. Fejntners beim Obergerichtsgericht statt. Bis zu diesem Zeitpunkt führt der bisherige Präsident der Zweiten Kammer sein Amt noch weiter.

A beil. röhne betr.

Zu diesem Thema wird uns noch geschrieben: Unter dem Betreff „Was manche Arbeiter heute verdienen“ erschien Anfangs Dezember v. J. nachfolgende Notiz:

„Eine Berliner Nachrichtenstelle teilt folgendes mit: Vor dem Schiedsgericht der Metallindustrie klagten mehrere Arbeiter über verminderten Verdienst bei Steigerung der Löhne. Es wurde dann festgestellt, daß der einzelne Arbeiter wöchentlich im Afford 830 M. verdient hatte, und das war den Klägern noch zu wenig, weil sie schon 850 M. darüber erhalten hatten.“

In einer am 28. v. M. im Badischen Beobachter erschienenen Zuschrift über die Lage der oberen Beamten wird auf Grund dieser Nachricht gesagt worden, einige Kriegsgeldbesitzer der Metallindustrie seien bereits in der Lage, Arbeiter täglich 60 M. und mehr zu bezahlen. Die Schriftleitung hat dieser Angabe beigefügt, daß es sich hierbei selbstverständlich nur um vereinzelte Fälle handle. In diesem Sinne war die Bemerkung auch gemeint.

Es kann selbstverständlich nicht behauptet werden, daß allgemein derartige hohe Löhne bezahlt werden. Immerhin scheinen sie aber ein Anzeichen dafür zu sein, daß die Löhne in so mancher Industrie in den Städten eine ganz erhebliche, mit der Steigerung der Beamteneinkommen kaum zu vergleichende Erhöhung erfahren haben. Das schließt nicht aus, daß die betreffenden Arbeitgeber ihr Einkommen verhältnismäßig noch viel mehr gesteigert haben. Hierauf scheint der Verfasser des Aufsatzes vom 5. d. J. über Arbeiterlöhne mit Recht abzugeben. Besonders auch in der Rigarenindustrie dürften die Löhne mit den Unternehmensgewinnen nicht Schritt gehalten haben. Wenn er aber andererseits auf die bei der Krankenkasse Mühlheim zuzurechnende geringen niedrigen Ortslöhne abhebt, so erscheint dies irreführend, weil nach § 151 der Reichsversicherungsordnung die Ortslöhne immer auf 4 Jahre festgesetzt werden. Die Kreis für die erstmalige Festsetzung wurde vom Bundesrat sogar bis zum Schluß

Chronik des dritten Kriegsjahres.

17. Januar. Erfolgreicher Vorstoß zwischen Enfita- und Putna-Tal; die Russen besetzten Tulcea und Jaccoca in der Dobrußida. des auf das Kriegsende folgenden Kalenderjahres verlängert. Bezüglich der Metallarbeiter wäre noch zu bemerken, daß ihr Einkommen schon vor dem Kriege nicht selten vergleichsweise sehr beträchtlich war, wenn auch an manchen Orten jetzt wie damals eine gewisse Misderhaltung möglich gewesen sein möchte.

Badischer Landtag.

Aus der Budgetkommission.

Karlsruhe, 16. Jan. Die Kommission berät zu nächst die Bitte des Abg. Gek um Zulassung zu den Kommissionsstunden als beratendes Mitglied, was nach der Geschäftsordnung zulässig ist. Die Kommission beschließt einstimmig, die Bitte zu gewähren. Die Gewährung eines außerordentlichen Zuschusses an die Zivilhilfe führt zu längeren Erörterungen. Die Sozialdemokratie lehnt die Position ab, ist aber bereit, andere Löhne der Zivilhilfe abzugeben und aus allgemeinen Mitteln zu bestreiten. Vom Zentrumseite wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die Stadt Karlsruhe sich endlich auf mit fortlaufenden jährlichen Zuschüssen an dem Spitzhauser beteiligt. Die nationalliberale Partei und die rechtsstehende Vereinigung schließen sich dem an. Die Anforderung wird dann mit Mehrheit genehmigt.

Godann tritt die Kommission in die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern (Berichtserläuterer Abg. Dr. Schöfer). Auf Anfrage des Berichtserläuterers bezüglich der Einziehung der Steuern und Denkmäler, erklärt der Minister, daß wegen der letzten g. A. eine Schätzung wegen ihres unrichtigen Standes finde. Eine weitere mehrfach erhobene Klage erstreckt sich auf den Ton in manchen Äußerungen gegenüber dem Publikum. Ein Zentrumredner bringt mehrere Beschwerden vor über ungleiche Behandlung von Zentrumsluten im Oberlande, insbesondere mehrere traurige Fälle aus dem Amt Wehrich. Der Minister sucht das Verhalten des betr. Beamten zu erklären, sagt aber zu, alles zu tun, auch im Wehricher Bezirk betragsmäßig und dem Geiste der Zeit Rechnung tragende Verhältnisse zu schaffen. Vom Zentrum wird der scharfe Ton des Wehricher Beamten gegen das Wehricher Zentrumblatt, dem er Erscheinungsverbot in Aussicht stellte, scharf kritisiert. Von anderer Seite wird das Vorgehen des Polizeibeamten bei der Mannheimer Versammlung gegenüber der Öffentlichkeit kritisiert. Der Minister erklärt seine Ausführungen. Für die acht Kriegsanleihe stellt der Minister eine mehr vollständige, den badischen Verhältnissen entsprechende Liquidationsarbeit in Aussicht. Auf Anregung des Berichtserläuterers erklärt der Minister, daß die Regierung grundsätzlich an dem Verbot der Nachtarbeit festhalte, dagegen eine kurze Vorbereitung am Abend zulasse. Eine Lohnstabilisierung könne die Regierung derzeit nicht aufstellen, aus Mangel an Personal. Die Lohnabklärung der Arbeiter hat das Gesamtlohnmandat genehmigt. Einen allgemeinen Antrag zur Selbstbestimmung lehnt die Regierung nicht für erforderlich; für besondere Fälle, wo Kindespflicht vernachlässigt wird, ist das nötige vorgekehrt. Vom Zentrumseite wird auf die geringen Löhne in der Textil- und Tabakindustrie hingewiesen, die im Gegensatz stehen zu den diesgenannten log. Wirtschaftskreisen. Mancherorts sind unter beschränkter Mitwirkung der Arbeiter sogar Schwierigkeiten gemacht worden, sich zu organisieren. Die Arbeiter in der Textil- und Tabakindustrie müßten unbedingt vor allem bei der Frauen- und Kinderarbeit durchgehend werden. Die Fabrikpflegerinnen sollten nicht von den Fabrikanten, sondern auf andere Weise bezahlt werden.

Von anderer Seite werden die Verhältnisse bei der Waffen- und Munitionsfabrik behandelt und im Zweifel ausgedrückt, ob der Rohstoffmangel allein die Ursache des Preisens ist, und Eingreifen des Gewerkschaftsausschusses verlangt. Der Minister gibt nähere Auskunft über seine Vermutungen. Eine neue Konferenz in Berlin stehe bevor. Die gezwungene Preisfestsetzung nach Ansicht des Ministeriums bezahlt werden.

Karlsruhe, 17. Jan. Die Schulkommission

der Zweiten Kammer hielt gestern nachmittags eine Sitzung und beschloß, für die Anträge sowohl, wie auch für die Vor schläge des Badischen Lehrervereins und die vom Unterrichtsministerium zu erwartenden Vorläufe über die Abänderung des Gesetzes über das Fortbildungsschulwesen nur einen Berichterstatter zu bestellen und zwar damit den Abg. Rohrbach (natl.) zu betrauen.

Mit Feuer und Schwert.

Kriegsroman aus der Gegenwart von Felix Kabor. (Nachdruck verboten.)

10) Schweigjam tranken sie den heißen Tee und das Gespräch wollte nicht recht in Fluß kommen, bis Nikolai endlich seinen Born begannen und mit dem jährlichen Schnaps hinab Wilt hatte. Da fing er auch gleich wieder loszubrechen an. „Also sagen Sie einmal, allergnädigster Fräulein“, wandte er sich an Lia, „was hat das zu bedeuten? ... Wie ich von Maljainen hierher reite, höre ich Worte klingen im Proletarier Fort. Mich traf fast der Schlag. Sie wollen doch etwa nicht?“ Lia nicht hochwiltig. „Tsch — das will ich!“ sagte sie mit scharfer Betonung. „Den Fort nicht niederhauen lassen?“ Er zappelte wie ein Gampelmann. „Das nun gerade nicht. Aber gründlich durchforst — lasse ich den Wald.“ „Das ist eine Sünde und Verbrechen!“ ereiferte er sich und Lia sah es, als sprachen Angst und Beforgnis aus seinen sich überfliegenden Worten. Dieser herrliche Wald soll durchlöchert werden? Nein, das kann ich nicht glauben. Einer solchen Barbarei halte ich Sie nicht für fähig. Es ist Ihre heilige Pflicht, Konstante, ihn in seiner Ursprünglichkeit zu erhalten, denn er ist im Kleinen ein Abbild des berühmten Weizen-Waldes von Jelowjeich, jenes königlichen Forts, in dem noch — dem einzigen in Europa! — die Wölfe bellen und der Dämon brüllt.“ „Dünn können denn dieses Gebrüll gar so liebliche Musik?“ spottete Lia. „Ach meinerseits finde kein Gefallen an dieser Urwald-Symphonie und

ziehe eine Mozartische Ode dem Gebrüll der wilden Tiere vor. Das macht die feinere Kultur, die wir den Kosaken dort drüben voraus haben, wissen Sie! — der Russenwald wird gesäubert.“ „Aber warum denn nur?“ „Wohl wieviel Ungeziefer drinnen steckt. Das will ich gründlich säubern.“ „Der Onkel hätte das niemals zugegeben — und in seinem Namen protestiere ich gegen Ihr Durchforstungs-system.“ „Was Augen blühen in beleidigtem Stolz. Was neigen Sie sich für Rechte an?“ rief sie bestig. „Auf Maljainen bin ich die Herrin und tue, was mir beliebt. Niemand soll mich daran hindern — ant neigten Sie, Herr von Brinkentoff. Prohen Sie nur nicht auf zu sehr mit Ihrer Freundschaft zu meinem Onkel. Wenns hoch kommt, läuft die auf einen großen Rump Herkules hinaus. Ich werde nächster Tage mal genauer nachforschen und wenn ich den Schuttschein finde, geht es Ihnen schlimm — ich werde unerbittlich sein. Lassen Sie mich also gefälligst ungeschoren, sonst sage ich Ihnen Fehde an — und da würden Sie trotz Ihrer Redenshaftigkeit entscheiden den kürzeren ziehen.“ Nikolai biß die Zähne zusammen und schrie: aus seinen kalten Augen glänzte ein Blick des Hasses zu der schönen Erbin hinüber, die er so heiß begehrt, deren Reichthum ihm ein Leben voll Glanz und Lust verlieh. Aber noch war er weit vom ersehnten Ziele entfernt; daher galt es Flug zu wachen und den rechten Augenblick nicht verpassen, um Frau und Milchkühe an sich zu reißen. Er lädelte verlegen und laute endlich: „Lia, in Ihrem Horn sind Sie noch schöner als in Ihrer Sanktmüt und ich schwöre Ihnen —“ „Schwören Sie lieber nicht“, unterbrach sie ihn,

„es würde doch ein Meinel werden. Denn was Sie von Liebe reden, das sind nur leere Schmeicheleien, davon glaube ich Ihnen kein Wort. Ich verlange Wahrheit, Aufrichtigkeit, Treue, jene deutsche Treue, die nicht ihresgleichen hat auf Erden, die Not und Tod überdauert. Sie allein verbirbt ein dauerndes Glück in der Ehe. Aber diesen Edelstein besitzen Sie nicht, Herr von Brinkentoff. Und darum trennen sich unsere Wege.“ „D, wer weiß!“ rief er drohend. „Vielleicht führen sie doch noch zusammen, bald als Sie ahnen. Und dann — dann müssen Sie mein Weib werden, Lia. Das habe ich geschworen — und ich halte meinen Schwur.“ „ob ich ihn dem Himmel oder dem Teufel geleistet habe.“ „Hästen Sie nicht“, sagte sie und ein Grauen ergriff sie vor diesem Manne. Sie verlor ihre Abneigung aber zu verbergen, zuckte nur die Schultern und sprach mit ihrer Tante über gleichgültige Dinge, bis Onkel Adim als Retter in der Not erschien. Dieser begrüßte den seltenen Gast ziemlich kühl, ließ sich eine Tasse Tee reichen und plauderte angelegentlich mit Lia. Als Nikolai das herzliche Einvernehmen zwischen den beiden gewahrte, wurde er plötzlich mißtrauisch und dachte: „Zum Henker, sollte etwa dieser alte Dickhäuter Absichten auf die junge, reiche Erbin haben? Da heißt es, rasch zugreifen, ehe mir der Goldfisch entwischt.“ Er bemühte sich, ausnehmend lebenswürdig gegen Lia zu sein und eine Verführung herbeizuführen. Das gelang ihm zwar nicht, aber Lia war wenigstens freundlich zu ihm, was ihn mit neuer Hoffnung erfüllte. Er nahm sich vor, gleich am folgenden Tag einen Besuch auf Maljainen zu machen und das Eisen zu schmieden. Den alten Onkel da aber wollte er schon klüßig in den Sand legen.

Da dieser jedoch anfang, von den tollen Streichen der russischen Offiziere in Donbrun zu erzählen, wurde Nikolai aufs neue unruhig und erhob sich. „Es ist Zeit, daß ich mich empfehle“, sagte er. „Sie haben wohl strengen Dienst, Herr Wittmeister?“ fragte Adim höflich. „Ach, nein“, gab Nikolai ebenso höflich zurück, „wir bummeln nur zum Feiertag an der Grenze, sehen nach dem Wetter und ähnen die Wälder.“ „Eine annehme Beschäftigung“, lachte Adim. „Nehmen Sie sich nur in acht, daß Sie dabei nicht von den deutschen Hornissen gefressen werden.“ „Keine Sorge, Herr Baron! Wir reiben uns vor jedem Mitt Gesichts und Hände mit Essig ein, da waagt sich das deutsche Hornissenegewöhn nicht an uns heran. Auch unsere Klängen sind scharf.“ „Na, Vorsicht ist die Mutter des Borzellankassens“, nickte Adim, „und aller Weisheit Anfang. Ach zum Beispiel, wenn ich das Unglück habe, ins Kaffeehaus hinüberzulaufen zu müssen, ich versehe mich immer tüchtig mit Pfefferpulver.“ „Ach, nein“, lachte Nikolai, während er erloschte vor But, „mit solchen Kleinigkeiten geben wir uns nicht ab. Aber unser Kubler ist immer trocken, Nikolai!“ Und sich an die Dame des Hauses wendend, sagte er: „Kann ich Wetter Erich einen Augenblick sehen und begrüßen?“ „Bitte“, sagte Frau v. Brinkentoff und lud ihn mit einer Handbewegung ein, ihr zu folgen. Und Lia und Adim schlossen sich den beiden an. Sie waren gespannt darauf, wie sich Nikolai verhalten würde. Aber es ereignete sich nichts Besonderes, nur fiel es ihnen auf, daß die Wärdnerin schon wieder auf ihrem Posten war, obwohl sie bis Abend Urlaub hatte. (Fortsetzung folgt.)

Aus Baden.

Karlsruhe, 16. Jan. Der Verband des natl. Deutscher Forderungen unter 200 M. und 2) M. Müller; 2. Verd. 8. für jeden Bach eine besondere Zugangene Urlaube. ... v. Bruchsal, 16. ... vollste vater in Bruchsal jema Sonntag im Kai den die Jubiler, 5. fionsparter Dr. A. kurzen Heimaturlaub in glänzender Form gem Frontdienst un zwischen Front und Sammlung so ti rücke von einem stück modern in in befand Beisatz bel. ... Mannheim, ... Anl inbricht für einem Vauerpüte a denen er erlag. ... f. Schwoigen, ... betriebsweise f. ... seit fertiggestellt w. den. Die bisher in inspekt on überf. ... f. Forstheim, ... ginnen jetzt auch ... gang auf der N. den starken Antwe letzte Woche (mitge ...) Wilt, 16. J. hat zu Wohlstät teralen. Davon f. ... men- und Bausen- armer Erbkommun- gnen Preis für Kom ... f. Freiburg, 16. ... spendete zur Er burkstag seines Vat ... : Forderungen für ... Das M in n i f t e r amlichen Verkinft wonach für das En geuge eine Wohnun ausgehelt wird. (E ... schärfter Aufmerkli schert werden, um ... gegen, in dieser Aus Württem Buch n zahlreich ... man in diesem Zah ... ernte rechnen dar ... Berlin, 16. Jan. ... entland gestern ... eine schwere E ... anwesenden Perion ... stötet. Durch ... splitter wurden me ... Entgleisung ... Scharbrüden, 16 ... Arelaubzug 2 ... Folge Dammru ... wagen und zwei ... tote und Ver ... deren Zahl liegen ... Eine vierhender ... Preuß. Landtags ... Traub sollte am ... chen Vaterlan ... iden Gartens über ... Waterland not w ... der Frankfurter ... führung bringen, ... neren der Vater ... nicht einma den ... kommen ließ, der ... Gerren! Die Deut ... ausfem. Es erhob ... sammlung noch ein ... werden mußte. ... Berlin, 16. Jan ... tuit das Kriegsm ... dreijährigen Mem ... Eine Frau, die ... bedeute, ist heimg ... schied dort nach ... sein Sophie Gör ... einige noch überle ... v. Cürtes. 1819 a ... ihre hervorragend ... literatur. Sie wa ... fleißige Mitarbeite ... beherrschte viele ... lateinisch, und ihre ... nen. Mit ihrer h ... ungewöhnliche Gue ... Urheberinnen der ... die vor anderthal ... lich mit vollem Er Kaiserin Sina und ... (A.) Wien. In ... derfoln am Sonntag ... der falschligen Frau ... Zeit vollzogen ... nehmen, dem feterlich ... zu mit dem guten

egsjahre... Kalenderjahres... noch zu bemer... ent Kriege nicht... ne gewisse Mi... tte.

Chronik.

Aus Baden. Karlsruhe, 15. Jan. Dem Bad. Landtag hat der Verband des Deutschen Verkehrsprovisionals, Ortsgruppe Mannheim, nachstehende Forderungen unterbreitet: 1. Einmalige Zulage von 200 M. und 2) M. für jedes Kind nach preussischem Muster; 2. Verdoppelung des Kriegslohnzuschlags; 3. für jeden Wochentag und für jede Sonntagsstunde eine besondere Zulage; 4. Vergütung für jeden entgangenen Urlaub, Ruhe- und freien Sonntag.

Bruchsal, 16. Jan. Die größte und eindrucksvollste vaterländische Versammlung, die in Bruchsal jemals stattgefunden hat, fand am letzten Sonntag im Kaiserhofsaal statt. Dicht gedrängt standen die Zuhörer aus allen Ständen, über 2000 fanden im Saale Platz, Sondersie mußten umher, Felddivisionspater Dr. Kreuz aus Unterrombach, der einen kurzen Redebeitrag hielt, sprach von hoher Worte aus in glänzender Form über seine Ergebnisse in dreijährigem Frontdienst und er schlug eine lebendige Brücke zwischen Front und Heimat. Wohl selten hat eine Versammlung so tiefe und nachhaltige Eindrücke von einem Redner empfangen und ist so befeuert worden in ihrer vaterländischen Gesinnung. Jubelnde Beifall belohnte den hinführenden Redner.

Mannheim, 16. Jan. Von Oppauer Werke der Automobilfabrik führte ein Pfälzischer Arbeiter von einem Baugeräte ab und erlitt schwere Verletzungen, denen er erlag.

Schwetzingen, 15. Jan. Die neue Eisenbahn betriebsverhältnisse, die schon vor dem Krieg fast fertiggestellt war, ist dem Betriebe übergeben worden. Die bisher in Heidelberg befindliche Werkstätteninspektion ist hierher verlegt worden.

Forstheim, 15. Jan. Durch das Baumwetter begannen jetzt auch Eng und Rapold zu regnen. Der Eisgang auf der Ragold, der mit einer vorübergehenden starken Anstauung verbunden war, hat bereits letzte Woche stattgefunden, die Eng hatte wenig Eis.

Freiburg, 15. Jan. Der Privatier Ludwig Kaup hat zu Wohlstand geleitet, indem er 12000 M. hinterlassen. Davon sollen 6000 M. für den hiesigen Armen- und Waisenhaus, 3000 M. zur Unterstützung armer Gemeindefamilien von hier, 2000 M. zum gleichen Zweck für Kappelwäldchen verwendet werden.

Freiburg, 15. Jan. Geh. Rat Dr. de la Camp spendete zur Erinnerung an den 100jährigen Geburtstag seines Vaters 1000 M. für die Armen.

Wohnungen für das Ereignis feierlicher Pfleger. Das Ministerium des Innern erklärt in dem amtlichen Verordnungsblatt eine Bekanntmachung, wonach für das Ereignis der Anwesenheit feierlicher Pfleger eine Wohnung bis zum Betrag von 1000 M. ausgesetzt wird. Es soll hierdurch die Bevölkerung zu schärferer Aufmerksamkeit auf solche Pfleger anspornt werden, um den Verdacht unserer Feinde zu begegnen, in dieser Weise Spione auszufahren.

Ein verheirateter Beamter in Frankfurt. Preuß. Landtagsabgeordneter protestantischer Pfarrer Traub sollte am Montag auf Veranlassung der Deutschen Vaterlandspartei im Saal des Zoologischen Gartens über das Thema sprechen: 'Was dem Vaterland not tut'. Er konnte aber nach Mitteilung der Frankfurter Zeitung diese Absicht nicht zur Ausführung bringen, da die in der Redegehalt auf Gegnern der Vaterlandspartei bestehende Versammlung nicht einmal den Vorhänger, Pfarrer Traub, zu Wort kommen ließ, der über die Worte: 'Meine Damen und Herren! Die Deutsche Vaterlandspartei...' nicht hinaus kam. Es erhob sich ein solcher Lärm, daß die Versammlung nach einigen Minuten polizeilich aufgelöst werden mußte.

Memonten. Berlin, 16. Jan. (M. A. N.) Für 1918 sind das Kriegsministerium den Ankauf von jungen dreijährigen Memonten wieder ausfallen lassen.

Sophie Göres f. Eine Frau, die im katholischen Leben Wiens viel bediente, ist heimgegangen. Am Donnerstag verschied dort nach langem, schmerzlichen Leiden Frau Sophie Göres, die letzte ihres Namens, die einzige noch überlebende Enkelin des großen Joseph v. Göres, 1849 zu München geboren, widmete sie ihre hervorragende Begabungen der Kunst und Literatur. Sie war lange Jahre hindurch auch eine fleißige Mitarbeiterin des Wiener Vaterland. Sie beherrschte viele Sprachen und lernte im Alter noch Lateinisch, und ihre Waise-Fürsorge pflegen zu können. Mit ihrer hohen Bildung verband sich eine ungewöhnliche Energie. So ist sie eine der geistigen Urheberinnen der Antiduellbewegung in Oesterreich, die vor anderthalb Jahrzehnten einsetzte und schließlich mit vollem Erfolg gekrönt wurde.

Kirchliche Nachrichten. Kaiserin Rita und die Weibchen des heiligen Geistes. (M.) Wien. In der Jesuitenkirche am Hof hat am vergangenen Sonntag Kardinal Piffli die feierliche Weibchen der katholischen Frauenorganisation von Wien als heilige Weibchen vollzogen. Kaiserin Rita ließ sich nicht nehmen, dem feierlichen Akte als erste teilzunehmen und so mit dem guten Beispiel voranzugehen.

Lokales.

Karlsruhe, 17. Januar 1918. Aus dem Hofbericht. Seine Königliche Hoheit der Großherzog hört gestern vormittag den Vortrag des Geheimen Legationsrats Dr. Seyd. Später empfing Seine Königliche Hoheit den Stellvertretenden Kommandierenden General Generalleutnant Jbert. Nachmittags folgte der Vortrag des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo.

Unfall auf der Albtalbahn. Gestern Abend um halb 5 Uhr entpuffte der Sturm einen Baumstamm, der so dicht vor der Maschine des Zuges 48 der Albtalbahn über das Gleis fiel, daß er dies noch etwas beschädigte. Die elektrische Leitung wurde auf etwa 400 Meter darauf zugerichtet, daß ein Befahren der Teilstrecke Karlsruhe-Reichstags bis Klein-Müppurr voraussichtlich erst am Freitag wieder möglich sein wird. Alle Bäume der Albtalbahn enden und beginnen infolgedessen am Halteplatz Klein-Müppurr. Wäre der Zug nur wenige Meter weiter gefahren, so wäre unabsehbares Unheil angerichtet worden.

Die Reinigung der Straßen und Gehwege. In den letzten Wochen wurde vielfach geflagt über den schlechten Zustand der Straßen und Gehwege. Bei Schneefall blieb der Schnee an manchen Stellen tagelang auf den Gehwegen liegen, bei Glätte bildeten die von der Jugend angelegten Schleißen große Gefahr für die Fußgänger und bei Tauwetter wurden Schneewasser und Eisküsten nur in ungenügender Weise und zu spät von den Gehwegen entfernt. Wenn auch der Mangel an Arbeitskräften, der auch die Zustandhaltung der Fahrbahnen außerordentlich erschwert, bis zu einem gewissen Grade als Entschuldigung gelten kann, so hätte doch bei Zusammenfassung der verfügbaren Kräfte für eine bessere Säuberung der Gehwege gesorgt werden können. Vor allem scheint die ortspolizeiliche Vorrichtung über die Verpflichtung der Hauseigentümer und Hausbewohner, bei der Reinigung der Gehwege ganz in Vergeßlichkeit geraten zu sein. Diese ortspolizeiliche Vorrichtung besagt: Bei Eisbildung sind die Gehwege mit Sand oder Asche zu bestreuen und das Gefährliche Nebenstellen der Eis- und Schneedecke zu entfernen. Ist so reichlich Schnee gefallen, daß dadurch das Gefährliche entfernt wird oder ist Tauwetter eingetreten, so ist der Schnee sofort von den Gehwegen zu entfernen. Die Verbindlichkeit hierzu liegt dem Eigentümer des anliegenden Grundstücks ob, welchem jedoch das Recht zusteht, einen an seiner Stelle haltenden Stellvertreter zu bestimmen und der Ortspolizeibehörde namhaft zu machen. Die Durchführung dieser Bestimmung liegt leider viel zu häufig den Hausbesitzern ob. Dies wäre aber um so leichter gewesen, wenn die zur Reinigung der Gehwege verpflichteten Hauseigentümer die Einhaltung der Bestimmungen der Polizeibehörde gefordert hätten, durch die auch die Mieter zur Befreiung der Reinigung der Gehwege bei Schneefall des Hauseigentümers gegenüber verpflichtet sind. An die gesamte Einwohnerschaft wird deshalb die dringende Bitte gerichtet, in Zukunft nach bestem Können mitzuhelfen an der Aufrechterhaltung der Ordnung und Reinlichkeit auf den Gehwegen. Bei allseitigem guten Willen werden sich auch diese Schwierigkeiten überwinden lassen. Eine weitere allgemeine Klage bildet zurzeit die Gefährdung der Straßensicherheit durch Wagen, Karren, und andere Gegenstände, die nachts unbedeckt auf der Straße stehen bleiben. Da es gegenwärtig nicht möglich ist, solche Verkehrshindernisse so zu beleuchten, wie dies in den ortspolizeilichen Vorschriften vorgesehen ist, sollten eben die Straßen von Wagen und Karren nachts möglichst freigehalten werden. Sie bilden eine große Gefahr für Leben und Gesundheit der Fußgänger. Es sei übrigens darauf aufmerksam gemacht, daß bei Mangel an Beleuchtungsmitteln der Eigentümer solcher nächtlichen Verkehrshindernisse von der Verpflichtung zum Entschärfen der etwaigen Unfälle nicht befreit; die Haftung bleibt bestehen. Im übrigen ist es Sache der Polizeibehörden, auf diesem Gebiete der Beachtung der ortspolizeilichen Vorschriften im Rahmen des zurzeit möglichen Bestreben zu verbleiben.

Der furchtbare Defekt des gelblichen Schmittags rief heute Steinberge von den Firmen der Peter- und Paulsstraße herunter. Die Steine wühlten sich tief in den Boden; zum großen Glück war der sonst sehr begangene Weg menschenleer.

Na. Bei Pflegerarm ist folgendes zu beachten: Dedung suchen - alle Dichter, die einen Schin nach außen werfen, ausbleiben - Dausbüten öffnen - Straße nicht wieder betreten bevor die Schlußföhre ertönt oder der Straßenbahnbetrieb wieder aufgenommen ist - Besonders der letzte Punkt wird leider trotz aller Mahnungen viel zu wenig beachtet. So eilten beim letzten Pflegerarm hundert von Neugierigen an die Eingänge der Bomben lange bevor das Schlußzeichen der Sirene ertönte, die war. Ein solch leichtfertiges Benehmen kann nicht scharf war. Ein solch leichtfertiges Benehmen kann nicht scharf genug geahndet werden.

Fußballspiel. Das am vergangenen Sonntag hier stattgehabene Verbundspiel der Klasse B Ettlingen gegen Konordia Karlsruhe gewann Ettlingen gegen die mit 9 Mann angetretene Konordia mit 3 zu 0 Toren. Das Stadtspiel in Mannheim kam nicht zum Austrag infolge der schlechten Platzverhältnisse.

Politische Nachrichten. Die Stellung Hertlings fest. Köln, 16. Januar. Die Kölnische Volkszeitung schreibt unter der Überschrift 'Nach der Krise' aus Berlin: Ein linksliberales Blatt hat am übelsten daneben geraten, als es Andeutungen über eine Hertling-Krise machte. Die Stellung des Grafen Hertling ist durch die Ereignisse und Verhandlungen der letzten Tage wenigstens noch befestigt worden. Es kann heute ganz offen ausgesprochen werden, daß zwischen der Obersten Seeresleitung und dem Grafen Hertling wohl Meinungsverschiedenheiten über einzelne Fragen bestanden haben und vielleicht in Zukunft wieder entstehen können, daß aber Gegenstände von tragendwelterer Größe vom ersten Tage des Konflikts an zwischen dem Grafen Hertling und der Obersten Seeresleitung nicht bestanden haben. Am Gegenteil, bei der Obersten Seeresleitung sieht

man dem weiteren Zusammenarbeiten mit dem Reichskanzler in den Fragen des Friedensschlusses mit Vertrauen entgegen. Das haben die Aussprüche der letzten Tage bewiesen.

Der Hauptauschuh. Berlin, 17. Jan. Die Boffische Zeitung erfährt aus dem Reichstage. Wann die politische Debatte im Hauptauschuh des Reichstages wieder aufgenommen wird, ist noch ungewiß. Wie verlautet, wird der Hauptauschuh am Donnerstag und an den folgenden Tagen die Frage der Zensur ausgiebig behandeln.

Verschiebung der Reichskanzlerrede. Berlin, 17. Jan. Die Rede des Reichskanzlers Grafen Hertling im Hauptauschuh des Reichstages, die für Freitag erwartet wurde, ist, wie neuerdings in parlamentarischen Kreisen verlautet, nunmehr noch weiter hinausgeschoben worden. Es gilt nicht für wahrscheinlich, daß der Reichskanzler erst in der nächsten Woche sprechen wird, zumal Definitives aus West-Asien nicht vorliegt.

Versprechung mit den Parteiführern. Berlin, 17. Jan. Wie der Berl. Lok.-Anz. erfährt, sind die Parteiführer gestern Abend wiederum von dem Unterstaatssekretär Frhr. v. d. Bussche im Auswärtigen Amt zu einer Versprechung über die Lage empfangen worden. An der Versprechung nahm auch der Referent für die russischen Angelegenheiten, Legationsrat Trautmann, teil.

Bislanzler v. Bayer. Köln, 16. Jan. (M. A. N.) Die Köln. Stg. meldet aus Stuttgart vom 15. d. M.: Der Zustand des Bislanzlers v. Bayer hat sich, wie wir hören, soweit gebessert, daß er voraussichtlich noch in diesem Monat seine Tätigkeit in Berlin wieder aufnehmen kann.

Zur Statistik des preussischen Finanzministers. Berlin, 17. Jan. Zur Stat.-Rede des Finanzministers Hertg list man in der Freil. Stg.: Es zieht sich durch die Rede als Grundton das Gefühl ruhiger Genugtuung über die trotz der langen Kriegsjahre noch immer gesunde Kraft der preussischen Finanzen und das Gefühl der Zuversicht in die Zukunft.

Reform der direkten Steuern in Bayern. München, 15. Jan. (M. A. N.) Dem Bayerischen Landtage ist die in der Budgetrede des Finanzministers angeführte Vorlage zur Fortführung der Reform der direkten Steuern zugegangen. Die Vorlage bringt diese Steuererhöhungen, eines Geleges zur Abänderung des Einkommensteuergesetzes, eines Geleges zur Abänderung des Umsatzsteuergesetzes, eines Geleges zur Abänderung des Kapitalrentensteuergesetzes, eines Geleges zur Abänderung des Einfuhrsteuergesetzes und endlich eines Geleges zur Abänderung der Kirchen- und Gemeindeordnungen für die Landesteile rechts und links des Rheines. Die Vorlage trägt in ihrer Gesamtheit den sozialen Gesichtspunkten Rechnung.

Außerungen des polnischen Ministerpräsidenten.

Wien, 16. Jan. (M. A. N.) Wiener k. und k. Tel. Corr.-Büro. Gegenüber einem Vertreter der polnischen Presseagentur äußerte sich der polnische Ministerpräsident von Ruzarski, die polnische Regierung habe wie in Berlin so auch in Wien den Entwurf einer Organisation der polnischen Armee vorgelegt, dessen wohlwollende Prüfung in Aussicht gestellt worden sei. Die Frage der Teilnahme von Vertretern des polnischen Staates an den Friedensverhandlungen sei teilweise geregelt. Die polnische Regierung und die polnische Nation würden in der Beteiligung an den Friedensverhandlungen den Beweis des Wohlwollens der Mittelmächte und die praktische Anwendung der bereits theoretisch anerkannten Souveränität des polnischen Staates erbringen. Was die Lösung der polnischen Frage anbelangt, so erklärte der Ministerpräsident von Ruzarski, daß sich seit den bekannten Erklärungen des Grafen Gernin und des Reichskanzlers Grafen Hertling betr. die Zukunft Polens nichts Neues ereignet habe. Die beiden Staatsmänner hätten übereinstimmend erklärt, daß die polnische Nation selbst ihre Zukunft entscheiden werde. Es würde eine feststehende Tatsache, daß die Habsburger Monarchie und Dynastie sich der großen Sympathie der Polen erfreuten. Es werde sich eine entsprechende Form für jene Sympathie und die gemeinsamen Interessen finden lassen. Die Vereinigung Galiziens und Kongreg. Polens sei ein inniger Wunsch der ganzen polnischen Nation.

Aus der französischen Kammer. Der Fall Gailaug. Paris, 16. Jan. (M. A. N.) Ag. Havas. Die Kammer erörterte die Interpellation des Sozialisten Lafot über die Maßnahmen, die die Regierung zu treffen gedenke um den Rechtsgrundlagen in der Angelegenheit der Untersuchung im Falle Gailaug Achtung zu verschaffen. Lafot wies darauf hin, daß gewisse Untersuchungen in Italien nicht in Uebereinstimmung mit dem geltenden Rechte stattgefunden hätten. Eine Formalität würde unbeachtet gelassen, nämlich die Anwesenheit des Angeklagten. Dieser könne darum die Ehre des aufgefundeneu Schriftstücks nicht bestreiten.

Unterstaatssekretär Ignace erklärte: Als man vor einigen Tagen von dem Vorhandensein eines der Angeklagten gehörigen Geldschrankes erfahren habe, hat der Untersuchungsrichter die Behörden um die Ernennung eines Untersuchungsbeamten, der sich an die italienische Regierung zu wenden hätte. Von diesem Augenblicke an stand der Justizbehörde des fremden Landes die Desstruktion des Geldschrankes zu. Dieses geschah in aller Ordnung und auf lokale Weise. (Die äußerste Linke erhob Einspruch, die Mehrheit der Kammer blieb ruhig.) Ministerpräsident Clemenceau antwortete von seinem Platze aus, er könne Lafot dasselbe antworten, was Ignace ihm gesagt habe, nämlich, daß die französische Justiz nur auf französischem Gebiete souverän sei. Clemenceau sagte weiter: Wir haben einen Ausschuh an die italienische Regierung abgeordnet. Diese ist eine ehrenhafte Regierung. Sie haben kein Recht, zu den Untersuchungsbeamten kein Vertrauen zu haben, und zu glauben, daß die italienische Regierung nicht nach dem Gesetze verfahren habe, und wenn sie es täten, so wären wir nicht dafür verantwortlich. Die einfache, von der Regierung angenommene Tagesordnung wurde mit 369 gegen 108 Stimmen angenommen.

Stochholm, 16. Jan. (M. A. N.) Der König hat heute den Reichstag mit einer Thronrede eröffnet, in welcher er die Bemühungen um die Aufrechterhaltung der Neutralität, sowie die Uebergangswirtschaft nach dem Kriege und das Zusammenwirken der skandinavischen Staaten bespricht, das selbstständig gewordenen Finnland begrüßt und die Hoffnung auf eine befriedigende Lösung der Nalandsfrage ausspricht.

Öffnung des schwedischen Reichstags. Stockholm, 16. Jan. (M. A. N.) Der König hat heute den Reichstag mit einer Thronrede eröffnet, in welcher er die Bemühungen um die Aufrechterhaltung der Neutralität, sowie die Uebergangswirtschaft nach dem Kriege und das Zusammenwirken der skandinavischen Staaten bespricht, das selbstständig gewordenen Finnland begrüßt und die Hoffnung auf eine befriedigende Lösung der Nalandsfrage ausspricht.

Türkische Handelskammern in Auslande. Konstantinopel, 15. Jan. (M. A. N.) Die Wälder zufolge soll sich die Regierung im Zusammenhang mit der Ausarbeitung eines Gesetzes über die Handelskammern auch mit dem Plane tragen, Handelskammern in Wien, Budapest, Berlin und Sofia zu eröffnen.

Berlin, 15. Jan. Ueber die Lage der Deutschen in Uruguay schreibt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung: Der mit der Vertretung der deutschen Interessen in Uruguay beauftragten Schweizerischen Gesandtschaft in Buenos-Aires hat die Regierung der uruguayischen Republik in Montevideo auf eine Anfrage mitgeteilt, daß die im dortigen Staatsgebiet lebenden Deutschen keinerlei Verpflichtungen zu befrachten haben, sich vielmehr hinsichtlich ihrer Person und ihres Eigentums derselben verfassungsmäßig gewährleisteten Sicherheit erfreuen, wie alle anderen Einwohner des Landes. Sie hat hinzugefügt, daß die an verschiedenen Unterrichtsanstalten beschäftigten deutschen Lehrer auf ihren Posten in der Voraussetzung bleiben würden, daß sie nicht durch ein dem Landesinteresse zuwiderlaufendes Verhalten zu anderen Maßnahmen Anlaß gäben.

Das Schweizer Wirtschaftsabkommen mit Frankreich. Bern, 15. Jan. (M. A. N.) Schweiz. Dep.-Agent. Ueber das am 29. Dezember abgeschlossene und vom Bundesrat genehmigte Wirtschaftsabkommen mit Frankreich macht das Volkswirtschaftsdepartement folgende Mitteilungen: Die Schweiz übernimmt durch dieses Abkommen die Verpflichtung, eine zu bildende Schweizerische Finanzorganisation zur Gewährung monatlicher Darlehen an ein französisches Bankkonförium zu ernennen. Die Darlehen werden gegen Sinterlegung von Wertpapieren und gegen Ausstellung von Dreimonatswechseln gewährt, welche zwei erstklassige französische Unterchriften tragen müssen. Die Rückzahlung des Darlehens hat höchstens in drei Jahren zu bewähren. Ein Teil des Kredits ist als Gegenleistung für die Einfuhr gewisser Schweizerischer Industrieprodukte zu gewähren und danach bestimmte Waren wie z. B. die für die schweizerische Landwirtschaftliche Erzeugung unentbehrlichen Sämereien zu liefern.

Explosionsunfall. Budapest, 16. Jan. (M. A. N.) In Ulna Ranna, Komitat Krasso, Coecren, hat im Ungaria-Schaft, in dem 200 Arbeiter beschäftigt waren, eine Explosion stattgefunden. Bisher wurden zwei Tote und 35 Verletzte geborgen. Die Zahl der Verunglückten konnte noch nicht festgestellt werden.

Das konzentrierte Licht Osram-Azo Gasgefüllte Lampen 25 und 60 Watt

Neue Typen: Osram-Azo Gasgefüllte Lampen 25 und 60 Watt. Nur das auf dem Glasballon eingestülzte Wort OSRAM bildet für das Fabrikat der Auzgefällschaff, Berlin 017 - Ubenll erblich

